



BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Wahlkreis Tübingen, stellv. Vorsitzender Fraktion GRÜNE

Boris Palmer MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

70173 STUTTGART
Konrad-Adenauer-Str. 12
Telefon (0711) 20 63-691
Telefax (0711) 20 63-660
boris.palmer@gruene.de
www.boris-palmer.de

72072 TÜBINGEN
Aixer Straße 66
Telefon (0 70 71) 88 80 86

Tübingen, den 25. Juli 2006

Freiwilligkeit nicht mehr erzwingen

Grüne im Landtag fordern liberalere Asylpolitik ein

Die Fraktion der Grünen im Landtag hat Innenminister Heribert Rech aufgefordert, Konsequenzen aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts Sigmaringen im Fall Akashe zu ziehen.

In einem Abgeordneten Antrag fordern die Grünen von der Landesregierung einen detaillierten Bericht über das Vorgehen des Regierungspräsidiums Tübingen gegenüber der Familie Akashe und der Stadt Tübingen ein.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Boris Palmer: „Wir wollen, dass das Regierungspräsidium offen legt, warum die Stadt Tübingen zu einem Prozess gegen die Familie Akashe gezwungen wurde. Die Regierung muss klar stellen, ob sie dieses Vorgehen gebilligt oder aktiv betrieben hat.“

Auskunft begehren die Grünen auch über die finanziellen Konsequenzen der Prozesshantelung des Regierungspräsidiums: Die Landesregierung soll berichten, wie hoch die Kosten in der Landesverwaltung, in der Gerichtsbarkeit und wegen des Entzugs der Arbeitserlaubnis in der Sozialhilfe für die Familie bisher gewesen sind.

Die Grünen beantragen zudem, nun die notwendigen Konsequenzen aus dem Urteil zu ziehen. Der Landtag, so der Antragstext, soll beschließen, künftig gegen den Willen der Wohnsitzkommunen keine Prozesse zum Erzwingen einer freiwilligen Ausreise mehr zu führen. Palmer: „Integration findet immer in der Kommune statt. Wenn eine Kommune sich für den Verbleib einer integrierten Familie einsetzt und die Rechtslage strittig ist, darf sie nicht durch Landesbehörden zu unsinnigen Prozessen gezwungen werden.“

Im Fall der Familie Akashe fordern die Grünen den Innenminister zu einer Anweisung an das Regierungspräsidium Tübingen auf. Das Regierungspräsidium soll auf weitere Rechtsmittel verzichten und den Mitgliedern der Familie sofort die Arbeitserlaubnis erteilen. Palmer: „Für Regierungspräsident Strampfer ist es erkennbar unangenehm, gleich am ersten Tag nach seinem Amtsantritt mit der Korrektur eines Fehlers seines Vorgängers konfrontiert zu werden. Hier muss der Minister selbst für Klarheit sorgen.“

Die Linie der Stadt Tübingen begrüßte Palmer: „Es entspricht dem liberalen Tübinger Geist, das harte und oft unmenschliche Vorgehen der Landesregierung gegen Asylbewerber nach Möglichkeit zu durchbrechen. Hier bin ich mir mit der Oberbürgermeisterin völlig einig.“